

LUKS

Liste für Umweltschutz, Klimagerechtigkeit und Soziale Gerechtigkeit

Unser Krefeld, unsere Stadt – wir setzen uns ein für eine gerechte und zukunftsfähige Kommune!

Wir in Krefeld wollen eine starke, selbstwirksame Zivilgesellschaft in einer Stadt, die konkrete Klimaschutz-, Umwelt und sozialpolitische Maßnahmen einleitet und durchsetzt. Damit sorgen wir nicht nur für eine lebenswerte Stadt, sondern wandeln Ohnmachtsgefühle der Bürger*innen angesichts der globalen Klima- und sozialpolitischen Krisen in positive Impulse für die gesellschaftliche Transformation um: Wir MÜSSEN vor Ort handeln, aber genau hier können wir auch Handeln und unsere Maßnahmen werden genau hier wirksam und erlebbar.

Als Teil und Unterstützer*innen dieser starken Zivilgesellschaft achten wir die Würde eines jeden Menschen und stellen deshalb eine lebenswerte Stadt und Umwelt für die Menschen in den Mittelpunkt. Für uns gilt das Recht auf Entfaltung der Persönlichkeit; dabei wollen wir achtsam miteinander umgehen und setzen uns für eine Gesellschaft ein, die die Bedürfnisse ihrer Mitmenschen sieht. Egal wie verschieden wir sind - die Menschenrechte gelten für alle und einen uns weltweit. Daher wenden wir uns auch entschieden gegen Menschenfeindlichkeit in jeder Form und gegen Rassismus sowie jedwede Art von Diskriminierung - auch von Menschen mit Beeinträchtigung, Frauen, Kindern und älteren Menschen - und Spaltung!

Städte sind für 70% der globalen Emissionen verantwortlich. Somit ist umgesetzter Klimaschutz in jedem einzelnen Ort, aber gleichzeitig und weltweit umgesetzt, entscheidend um die Klimaneutralität zu erreichen. Der Slogan „Think global, ACT local!“ der Klimabewegung leitet das Handeln der LUKS. Die LUKS tritt an, um vor Ort effektiv dafür einzutreten, weitere Erderhitzung und weiteren Ausstoß von Schadstoffen zu vermeiden. Auch alle weiteren UN-Nachhaltigkeitsziele sind für uns klare Vorgaben für die Politik, die wir für unsere Stadt machen wollen.

Die Kommunen stehen in der Pflicht, Daseinsvorsorge für ihre Bürger*innen zu leisten. Wir verstehen unter Daseinsvorsorge die ganze Palette öffentlicher Leistungen, die allen zugänglich sind. Damit meinen wir insbesondere auch eine lebenswerte, zukunftstaugliche Stadt für unsere Kinder. Diesen Auftrag nehmen wir ernst und wollen uns für eine sozial gerechte, ganzheitliche, barrierefreie sowie zukunftstaugliche Daseinsvorsorge für ALLE Krefelder und Krefelderinnen einsetzen. Einzelinteressen müssen zurückstehen, wenn sie mit Nachteilen für alle anderen verbunden sind – Gemeinwohl vor Partikularinteressen.

Die LUKS macht Politik nicht von einem Punkt aus. Sie hat den Zusammenhang der kommunalpolitischen Aufgaben im Blick. Sie möchte parlamentarisches Sprachrohr für engagierte Bürger*innen und Initiativen sein und einen guten gegenseitigen Austausch leben. Eine Gesellschaft mit sozialer Ungerechtigkeit ist ebenso wenig zukunftsfähig wie eine Gesellschaft, die zu wenig Klimaschutz leistet. Wir setzen uns somit sowohl für ein sozial als auch ökologisch nachhaltiges Krefeld ein. Dies bedingt, Sozialpolitik, Wohnungspolitik, Verkehrspolitik und Klimapolitik zusammen zu denken. Gleichzeitig bedeutet jeder Klimaschutz vor Ort die Reduktion von Klimawandelfolgen andernorts, meist bei stark von der Klimakrise betroffenen Ländern, die zugleich wenig zur Klimakrise

beigetragen haben. Somit ist die städtische Emissionsminderung der Beitrag für mehr Klimagerechtigkeit, den wir in Krefeld leisten können. Klimagerechtes Handeln heißt damit immer auch mehr soziale Gerechtigkeit! Die LUKS fordert von Bund und Ländern allen Spielraum in der Gesetzgebung, Steuergestaltung und Mittelzuweisung zu nutzen, um die Kommunen über die bisherige Zuständigkeit hinaus handlungsfähig für klima- und sozial gerechtes Handeln zu machen.

Klimaschutz

Als LUKS fordern wir die konsequente, deutlich schnellere Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes. Dazu gehört auch, dass alle (!) Maßnahmen aus dem Konzept mit entsprechenden Mitteln in den städtischen Haushalt eingeplant werden müssen und entsprechendes Personal in der Verwaltung zur Umsetzung vorgesehen wird. Darüber hinaus fordern wir:

- Aufstockung des Budgets für das kommunale Förderprogramm für Krefelder*innen für Sanierungsmaßnahmen und erneuerbare Energie
- Ausbau von Photovoltaik auf allen geeigneten Dachflächen kommunaler Liegenschaften sowie auf öffentlichen Parkplätzen
- Geeignete Energetische Sanierung für alle städtischen Liegenschaften
- Ausnutzung des Windenergie- und Photovoltaikfreiflächenpotenzials (letzteres in Kombination mit biodiversitätsfördernden Maßnahmen wie Wildblumen unter den Panels; Windräder mit Rotormarkierung zum Vogelschutz)
- Unterstützung von Agri-PV (spezielle Photovoltaik, die parallel zur Landwirtschaft auf den Feldern installiert und genutzt werden kann) und Windenergie in der Landwirtschaft bei Kooperationsbereitschaft der Landwirte
- Förderung von dezentralen Energiegenossenschaften für Nahwärmenetze und Photovoltaik
- Bezug von echtem Ökostrom (durch welchen der Ausbau erneuerbarer Energie garantiert ist) durch die Liegenschaften
- konsequentes Divestment der Stadt und ihrer Töchter, d.h. keine Anlagen in Unternehmen, die die Klimakrise mit fossilen Energieträgern vorantreiben
- Wir positionieren uns entschieden gegen ein ineffizientes Verwenden von Wasserstoff z.B. beim Heizen (bislang im Klimaschutzkonzept als Option vorgesehen) und im Verkehr
- Förderung von regionalem, saisonalen Lebensmittelanbau (z.B. „Essbares Krefeld“ und „solidarische Landwirtschaft Krefeld“) sowie verkauf über (Nacht-)Märkte
- Für Kinder werden aus medizinischer Sicht zur Zeit maximal zwei bis drei Portionen Fleisch pro Woche empfohlen. Laut EsKiMo-Studie ist der Fleischkonsum von Kindern und Jugendlichen zu hoch, während zu wenig pflanzliche Lebensmittel aufgenommen werden. Gleichzeitig sind die Kosten für Fleischgerichte für die Kommune höher und Fleischgerichte gehen mit Tierleid und einem hohen CO₂-Abdruck einher. Aus diesen Gründen setzen wir uns dafür ein, dass vegetarische und vegane Gerichte mindestens 90% der Essensangebote der Stadt in städtischen Bildungs- und Pflegeeinrichtungen und bei städtischen Veranstaltungen ausmachen. In die selbstbestimmte und selbstorganisierte Ernährung der Krefelder*innen zu Hause oder unterwegs wird zu keinem Zeitpunkt eingegriffen – das heißt, dass diese weiterhin aussuchen, wie sie selbst kochen, frühstücken oder in Gastronomien essen.
- Mindestens jährliches CO₂-Monitoring (statt wie bislang 3-jährige Abstände) und Kontrolle des Umsetzungsstands des Klimaschutzkonzeptes mit messbaren Zwischenzielen im Monitoringbericht, öffentliche Sachstandsberichte auch über die Social Medikanäle, Auflösen des separaten SocialMedia Kanals für Klimaneuigkeiten der Stadt und Integration der Inhalte in die gesamtstädtischen SocialMedia-Kanäle

- Erwerb von Thermovorhängen und weiteren Innenraum-Isolierungsmitteln über das Stadtmarketing mit Mengenrabatten, gegebenenfalls Krefeld spezifischer Gestaltung und günstiger Verkauf an die Bürger*innen, beziehungsweise kostenfreie Weitergabe an Empfänger*innen von Transferleistungen
- Klare Positionierung und konsequente Umsetzung der zweiten Säule der Energiewende, der Energieeinsparung/Energieeffizienz und Verhindern von Reboundeffekten
-

Mobilität

Mobilität ist für uns mehr als das möglichst geschickte Vermeiden von Schlaglöchern. Die Frage, wie wir uns fortbewegen (können), hat für uns eine zentrale Gerechtigkeitsdimension. Darunter verstehen wir neben dem Anspruch sicherer und nachhaltiger Mobilität auch Fragen der Flächengerechtigkeit im Verkehr. Wir wollen eine echte Verkehrswende für Krefeld und wollen deshalb:

- Für echte Flächengerechtigkeit wollen wir eine stetige Umwidmung öffentlicher Flächen zu Gunsten des Umweltverbundes.
- Wir wollen mehr menschengerechte Räume mit hoher Aufenthaltsqualität (Grünflächen, Gastronomie, Spielplätze) schaffen. Hierzu gehört es auch, Parkraum (insbesondere dort, wo er mehr als ausreichend vorhanden ist, beispielsweise in Form von Parkhäusern in der Innenstadt oder Auffahrten und Garagen in der Wilhelmshofallee) und Autospuren für Radwege und menschengerechte Räume umzuwidmen.
- Gleichzeitig wollen wir Alternative Mobilitätsformen stärken: Wir brauchen mehr Rufbusse, den Ausbau von Carsharing sowie eine Förderung des privaten Teilens von Fortbewegungsmitteln.
- Vorfahrt für den Umweltverbund (Fahrrad, Fußverkehr und ÖPNV):
 - Sichere Fahrt für alle Generationen, von Rad fahrenden Kindergartenkindern bis zu Senior*innen: Baulich abgetrennte breite Radwege (Protected Bike-Lanes) auf geeigneten Straßen
 - Umgestaltung der Vier Wälle als Fahrradring um die Innenstadt
 - verlässliche Herbst- und Winterräumung von Rad- und Fußwegen; sowie verstärkte Kontrollen bei Bauarbeiten und Sanktionen bei Behinderung des Radverkehrs
 - Verbreiterung von Gehwegen
 - Sichere Trennung von Rad- und Fußverkehr
 - sofortige Umgestaltung der Sankt-Anton-Str mit Fahrerlaubnis ausschließlich für ÖPNV, Lieferverkehre, Handwerk, medizinische Versorgung und Müllabfuhr
 - Tempo 30 in der Innenstadt und den Zentren der Stadtteile, Einrichtung und Ausbau autofreier Straßen/Zonen in allen Stadtteilen
 - Ausbau von Fahrradabstellanlagen stadtweit, sowie am Hauptbahnhof und allen dezentralen Bahnhöfen: Forsthaus, Hohenbudberg-Chempark, Linn, Oppum, Uerdingen; Fahrradabstellsatzung für Wohngebiete
 - Leihrad- und Lastenrad-Angebot inklusive Hochschulstandorte und günstiger Tarife für Student*innen
 - Sanierungsoffensive für die Radwege
 - Bevorzugung des Umweltverbundes bei Mängelbeseitigungen
 - Krefelder Promenade zeitnah ausbauen, keine weiteren Verzögerungen!

- Drängelgitter abbauen: Ohne Hürden durch Krefeld radeln!
- maximal einseitiges Parken und Durchgängigkeit des Fahrradvorrangs in bereits ausgewiesenen Fahrradstraßen und in Tempo-20-Zonen
- Verstärkte Kontrolle der Autogeswindigkeit und von Falschparkern
- Öffentlichkeitsarbeit und zusätzliche Beschilderung für Fahrradstraßen und Überholverbote für PKWs von Fahrrädern und Aufstellen entsprechender Verkehrsschilder, wo der Verkehrsraum nicht genügend Breite zum Überholen aufweist
- Umsetzung des Mobilitäts- und Radverkehrskonzeptes mit der Option, schnellere konfliktärmere Parallelrouten statt Hauptverkehrsrouten fahrradfreundlich umzugestalten, um zügiger spürbare Verbesserungen zu schaffen.
- Städtebaulich-verkehrsplanerisches Konzept zur Ausweitung des Anwohner*innenparkens. Jedes Auto verursacht im Schnitt jährlich ungedeckte gesellschaftliche Kosten von 5.000€, die von den Steuerzahler*innen und in großen Teilen von den Kommunen übernommen werden müssen. Für mehr soziale Kostengerechtigkeit sind Parkgebühren daher unverzichtbar. Wir setzen uns dafür ein, dass der öffentliche Raum nicht mehr selbstverständlich und kostenfrei für kosten- und raumintensive KfZ beansprucht werden kann: erhöhte Parkausweisgebühr (Anwohner*innenparken sowie Kurzzeitparken) und deutlich erhöhte Parkgebühren für überdimensionierte Autos wie SUVs, dafür ermäßigte Gebühren für reine E-Autos auf E-Ladeplätzen sowie in den Parkhäusern; Aufklärung über die steuerliche Absetzbarkeit von berufsbedingten Parkkosten
- Ausbau der Lade-Infrastruktur für E-Autos; Einführung von Sondergenehmigungen für die Gehweg-Nutzung für Ladekabel, sofern diese barriere- und stolperfrei gesichert werden
- massiver Ausbau von Carsharing
- Ausbau von Park&Ride-Plätzen; Ausbau von Quartiersgaragen
- Erhöhung der Gebühren für Falschparken und Ausbau der Kontrollen
- Ausbau von Parkplätzen für Menschen mit Beeinträchtigungen und quantitativer Ausbau von Lieferzonen
- Umsetzung des Transports auf der ‚Letzten Meile‘ mit Lastenrädern
- nächtliche Parkhauspflicht für gewerbliche Sprinter/Lieferwagen in der Innenstadt; geringere nächtliche Gebühren in Parkhäusern als auf den Straßen
- Privatflugzeugverbot am Flughafen Egelsberg für fossil betriebene motorisierte Flugzeuge.
- schnellstmögliche Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention: grundsätzlich barrierefreie Haltestellen mit Überdachung, Sitzmöglichkeit mit Rückenlehnen und lesbaren Fahrplänen
- Rufbusse entsprechend der normalen Tarife (bzw. entgeltfrei) in den Quartieren, die vom ÖPNV nicht erreicht werden
- Fahrdienst für Menschen mit Beeinträchtigung erhalten bzw. ausbauen.
- Wir setzen uns für die bessere Anbindung an den Nah- und Fernverkehr im Rahmen der kommunalpolitischen Möglichkeiten ein!

Ressourcen- und Umweltschutz

Als Kernprinzip nachhaltigen Handelns wollen wir in Krefeld einen ressourcenschonenden Umgang stärken und unser kommunales Handeln am Schutz der Umwelt ausrichten. Dazu sehen wir neben dem Umweltschutz auch erheblichen Handlungsbedarf bei Kreislaufwirtschaft und Biodiversität!

Kreislaufwirtschaft

- Regionale Kreislaufwirtschaft statt Wegwerfgesellschaft fördern
- Städtische Website über Secondhandläden und anstehende Flohmärkte
- Vorsortierung des Sperrmülls und Aufbau eines Upcyclingkaufhauses
- lokales Pfandsystem (Krefeld-Becher, Krefeld-Box), Ausrichtung städtischer Veranstaltungen ausschließlich mit Mehrweg-Artikeln; kostenloser Verleih von Mehrweg-Geschirr über die Quartiersbüros für Stadtteilstellen
- Mülltrennung bei städtischen und sonstigen Veranstaltungen

Biodiversität

- Durch die weltweit bekannt gewordene „Krefelder Studie“ (Studie zum Insektensterben) sollte Krefeld als Stadt Vorreiterin in Biodiversitätsförderung werden und die Expertise des Entomologischen Vereins identitätsstiftend einbinden.
- Förderung von Urban Gardening und Wildblumenwiesen statt kurz gemähtem Gras auf städtischen Grünflächen und Grünstreifen
- Bewirtschaftung städtischer Grünflächen nach bestmöglichen Standards für Biodiversität (z.B. Pflanzenauswahl, Rückschnitt, Nichtverwendung von Pestiziden)
- Weitere Förderung von Fassadenbegrünung, Umsetzung von Bushaltestellenbegrünung, strenge Kontrolle zur Einhaltung der Baumschutzsatzung und vorab: Anträge und Protokolle zu Baumfällungen veröffentlichen.
- Teilnahme am Projekt „Deutschland summt“; Einrichtung eines Verschenktladens in der Innenstadt für Secondhand-Blumentöpfe, aussortierte Pflanzen und abgegebene Staudenabgeber.
- Ausweitung städtischer Naturschutzgebiete, Aufforstungen, Erhöhung der Stadtbaumpflanzungen, Umsetzung und Kontrolle des gemäß §8 Landesbauordnung NRW bestehenden Verbots von Schottergärten

Umweltschutz

- Ausbau städtischer Sensoren zur Überwachung der Luft- und Wasserqualität und transparente Veröffentlichung der Werte
- Führen des Wasserbuchs (Das Wasserbuch ist eine zentrale Dokumentation der genehmigten Grund- und Oberflächenwasserbenutzungen und wird in NRW von den Bezirksregierungen geführt) und Veröffentlichung der genehmigten Wasserentnahmen
- Mülltrennung in allen städtischen Gebäuden
- Veröffentlichung und Kartierung von Altlasten sowie Altlastenmesswerten
- Umsetzung der Maßnahmen des Lärmaktionsplans
- Verstärkte Kontrollen und konsequente Bußgelder für wilden Müll, Hinterlassen von Zigarettenkippen und Hundekot
- Zügige Umsetzung von Entsiegelungsmaßnahmen und Anlegen von (Pocket) Parks
- Keine schonungslose Rückschnitte, Rodungen, mähen und Trimmen von öffentlichen Gärten und Parkanlagen ohne sorgfältige Prüfung, zum Schutze von Brutnestern von Vögeln und Igelnestern.
- Neben ihren Bemühungen für biodiversitätsfördernde Grünflächen soll die Kommune soll teilnehmen am Projekt „mähfreier Mai“ und hierdurch Gräser und Wildblumen länger für Insekten zur Verfügung zu stellen.

Bezahlbares und barrierefreies Wohnen

Wohnen ist ein Menschenrecht. Wohnungspolitik in Krefeld endet für uns nicht mit dem Verweis darauf, dass es woanders schlimmer sei. In Krefeld gibt es über 5.000 leerstehende Wohnungen! Wir wollen dem ein aktives und sozial orientiertes Leerstands- und Baulückenmanagement der Kommune entgegensetzen! Außerdem fordern wir:

- Einsatz für Wiedereinführung der Fehlbelegungsabgabe in NRW: Öffentlich geförderte Wohnungen – Sozialwohnungen – sollen Haushalten zur Verfügung stehen, die sich am Markt nicht angemessen versorgen können und daher auf Unterstützung angewiesen sind.
- Neuauflage des Mietspiegels, bei dem nicht nur die Neuvermietungen der letzten Jahre zur Berechnung herangezogen werden sodass mit dem Mietspiegel nicht ein weiteres Hochkurbeln der Mieten angetrieben wird
- stärkere Mietminderung im Mietspiegel bei schlechtem Sanierungszustand
- Vergabe von Grundstücken nur in Erbpacht mit Vorgaben für sozialen Wohnungsbau
- kein Verkauf städtischer Immobilien, Schaffen von Gemeinbedarfsangeboten bzw. Sozialwohnungen
- Die Wohnstätte übernimmt eine aktive und gestaltende Rolle im Wohnungsbau für barrierefreies, klimaverträgliches und bezahlbares Wohnen
- Die Kommune übt bei Verkäufen ihr Vorkaufsrecht wo möglich aus. Die Kommune übt bei anhaltendem Leerstand ihre Rechte aus. Die Nutzung von Eigentum soll nach dem Grundgesetz dem Wohl der Allgemeinheit dienen. Die Kommune schöpft ihre Möglichkeiten u.a. mit einer Zweckentfremdungssatzung aus.
- Die Genehmigung von Sanierungs-, Verdichtungs- oder Neubauvorhaben muss sich an dem tatsächlichen Bedarf an kleinen, preiswerten und zentral gelegenen Wohnungen orientieren.
- Viele alte Menschen besitzen aus ihrer Sicht zu großen und mit dem entsprechenden Haushalt kaum bewältigbaren Wohnraum . Viele junge Familien suchen passenden und bezahlbaren Wohnraum. Die Kommune entwickelt passende Programme, durch welche beiden Interessengruppen zusammengebracht werden und durch welche ein Geben und Nehmen untereinander gefördert wird z.B. bei Sanierungen, Kauf/Vermietung, barrierefreiem Wohnen und Wohnraumaustausch geholfen wird.
- Leerstehende Büroflächen sollen, wenn möglich in Wohnraum umgewandelt werden. Neubauprojekte wie Arbeitsamt und Autobahn NRW hinterlassen riesige Leerstandsflächen. Das muss bei der Genehmigung von Neubauten bereits ausgeschlossen werden.
- Schrottimmobilen: Gebote in der rechtsverbindlichen Bauleitplanung zur Instandsetzung und Modernisierung nutzen, Enteignungsrechts gem. § 85 BauGB in Kombination mit Vorkaufsrecht nutzen, wenn möglich, Anordnung von Instandsetzungsmaßnahmen auf Grundlage von § 3 I BauO NRW.

Stadtwerke Krefeld

Kommunale Eigenbetriebe stellen eine wichtige Säule der Daseinsvorsorge dar. Wir wollen eine Rekommunalisierung und Demokratisierung der Aktiengesellschaft Stadtwerke Krefeld mit mehr Weisungsbefugnis durch Bürger*innen und Politik erreichen, damit wieder die Menschen und nicht Profite im Vordergrund stehen. Außerdem wollen wir:

- Ausbau der Bus- und Bahnflotte in Krefeld: dichteres Netz und höhere Taktung
- kostenfreier allgemein zugänglicher ÖPNV (Übergang zum komplett entgeltfreien ÖPNV durch eine Mobilitätsflatrate)

- Umsetzung: UN-Behindertenrechtskonvention: Barrierefreie Bushaltestellen mit Sitzmöglichkeiten und les- bzw. hörbaren Fahrplänen
- Verbesserung der Tarife und Arbeitsbedingungen für Bus- und Bahnfahrer*innen
- Ausbau der Anlagen Erneuerbarer Energie, Dächerprogramm für Bürger*innen mit kostenfreier Installation von Photovoltaikanlagen der Stadtwerke und Verkaufs des Ökostroms aus diesen
- Sozial gerecht gestaffelte Strom- und Wärmeträger-Tarife
- Portfolio mit ausschließlich Ökostrom
- Ausbau der Aktivitäten, um Zertifikate für echten Ökostrom mit EE-Ausbau (statt Heimatstrom-Greenlabeling) zu erreichen
- Aufbau von mehr Recyclingrouten und Sortieranlagen bei der Müllverbrennungsanlage
- Vierte Reinigungsstufe der Kläranlage und Phosphorrückgewinnung aus dem Klärschlamm
- eigene Kompostier- und Vergärungsanlage
- Aufbau von erneuerbaren Wärmequellen für das Fernwärmenetz
- Bau eines Wärmesaisonspeichers (Sammeln von Sommersolarwärme für den Winter)

Stadtteilentwicklung – „15 Minuten Stadt“

Stadt und Stadtteile für alle, statt Leuchtturmprojekte wie der Surfpark für wenige. Krefeld hat schon heute viel zu bieten, aber auch noch viel Potenzial. Dieses wollen wir gemeinsam mit den Krefelder*innen entwickeln und stärken. Dazu wollen wir:

Umweltgerechtes Bauen/Naturbelassene Stadt

- 15-Minuten-Stadt: Das Ziel der 15-Minuten-Stadt besteht darin, ein nachhaltigeres, lebenswerteres und umweltfreundlicheres städtisches Umfeld zu schaffen, in dem Menschen weniger auf Autos angewiesen sind und gleichzeitig erhöhte Lebensqualität genießen können.
- Vorrang für Erhaltung und Pflege grüner Bestandsflächen
- Netto-Entsiegelung, bei neuer Versiegelung Pflicht zur doppelten Entsiegelung andernorts, Umbau vor Neubau, Neubau im Passivhausstandard, Abriss-Moratorium und konsequenter Denkmalschutz
- klare Positionierung gegen millionenschwere Prestigeprojekte wie das Kesselhaus oder ein neues Stadthaus
- Klimawandeladaptation: statt sich aufheizender Flächen große Frischluftkorridore; mehr zusammenhängende Grünzonen, Zuleitung des Regenwassers zu den Stadtbäumen statt in den Kanal, Umsetzung (!) einer Schwammstadt
- Einhaltung der gesetzlichen Veröffentlichungspflicht des Kompensationskatasters
- Wir setzen uns entschieden und mit allen uns zur Verfügung stehenden demokratischen Mitteln gegen den geplanten Surfpark ein, der mit seinen klima- und umweltschädlichen Auswirkungen für den Spaß Privilegierter das Gegenteil von Klimagerechtigkeit darstellt

Stadtteilentwicklung/Wirtschaft/Innenstadt

- Anmietung/Kauf von Leerständen und Nutzung als: Lehrschwimmbecken, Leihothek, Außenstellen der Mediothek, Spielothek, Foodsharing (-Laden, -Café, -Restaurant), RepairCafe, City Hub
- Förderung der Stadtwirtschaft: Logistik-Lager für den Aufbau eines lokalen Online Warenhauses; Co-Working-Toddler Büro

- Kinderfreundliche Innenstadt: Kinderbetreuung (ähnlich Maxi-Turm Münster); Ausbau und Ausweisung von Still- und Wickelmöglichkeit/-Cafe; Eltern-Kind-Raum für die Hochschule Niederrhein.
- Innenstadt-Schließfächer (Einkäufe etc); Büro mit Arbeitsplätzen (mit VPN-Zugang) der Hochschule Niederrhein oder wenn möglich Werkstätten/Campus; Großtagespflege
- Familienfreundliche Innenstadt: Schaffung von Familienmagneten in der Innenstadt z.B. durch autofreie Straßen um den Anne-Frank-Platz mit Ausweitung der Gastronomie nach Vorbild des Koggestrands in Osnabrück
- ausreichend Sitzbänke mit Rückenlehnen im öffentlichen Raum
- Einrichtung, Öffnung, Pflege und Ausweisung von öffentlichen Toiletten
- Unterstützung von Gastro-Start-Ups in der Innenstadt z.B. durch Wanderküche / PopUp-Küche der Stadt oder Förderung mobiler Gastro-Angebote z.B. für den Westwallmarkt
- Förderung der Radkultur und Zugänglichkeit der Innenstadt für Radfahrende mit: Fahrradcafe; Überwachte Fahrradstation; Verkehrswende
- Erhöhung der Besucher*innenzahlen der Innenstadt durch Verkehrswende, Gastroszene, Kulturszene und Sportangebot (z.B. ein auch für die Öffentlichkeit zugängliches Schwimmbad) in der Innenstadt
- Regionale Wertschöpfung durch massiven Ausbau Erneuerbarer Energie-Anlagen und Handwerkstätigkeiten für diese; Abwenden von wirtschaftlichem Schaden in kommenden Jahren/Jahrzehnten durch Klimaschutzinvestitionen

Stärkung der Beteiligung und des gesellschaftlichen Miteinanders

Die Krefelder Zivilgesellschaft ist vielfältig und stark. Dank ehrenamtlichen Engagements gibt es bereits viele Angebote und Strukturen, die unsere Stadt lebenswert machen. Bildung, Kultur und Sport sind das Fundament einer lebendigen Stadt. Dieses Engagement unterstützen und fördern wir. Deswegen wollen wir:

Stärkung der Bürgerbeteiligung und Demokratie vor Ort

- Förderung von Bürgerzentren und mehr offenen Treffpunkten (Quartiers- und Begegnungszentren für ALLE) für soziales Miteinander in den Stadtteilen
- Regelmäßige Stadtteilkonferenzen, Einrichtung eines durch Kinderwahlen gewählten Kinderparlaments; Einrichtung eines transparenten Bürger*innenhaushaltes; transparente gesammelte Veröffentlichung von Bürger*innenfragen (z.B. in Bezirksvertretungen und Rat) mit Verwaltungsantworten und Möglichkeit der öffentlichen Bewertung der Antworten durch die Bürger*innen; strengere und transparentere Handhabung, Gremiumsthemen in die Nichtöffentlichkeit zu ziehen, ggfs. mit Teilschwärzung schutzwürdiger Daten in den Unterlagen
- Einwohner*innenfragestunden in jeder Ratssitzung
- Umsetzung der Bürger*innenräte und konsequentes Einbinden dieser
- Die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt soll nicht als Marketinginstrument zweckentfremdet werden, sondern sie soll die Bürger*innen und Medien umfassend informieren und zu eigenständiger Meinungsbildung befähigen
- Bewerben und Fördern von direkter Demokratie in Form von z.B. Bürgeranregungen und Einwohnerfragen auch für Kinder und Jugendliche
- LUKS wirkt im Sinne eines Einsatzes für Digitale Souveränität darauf hin, dass die Stadt Krefeld ihre Kommunikation von Big Tech- Accounts zunehmend auf dezentrale und

nichtkommerzielle Netzwerke verlegt, ihre Vorbildfunktion wahrnimmt und für die Thematik öffentlich sensibilisiert.

Kultur

- Beibehaltung des Kulturfonds, Förderung von Krefelder Stadtfesten mit lokaler Kulturszene
- Die Stadt Krefeld soll für Open-Air-Festivals eigene technische Anlagen anschaffen, die von Ehrenamtlichen der Kulturszene ausgeliehen werden können, Anschaffung von Infrastruktur (Solarpanele, Akkus, Ökotrainer) für möglichst emissionsarme Veranstaltungen
- Kostenfreie Unterstützung der Kulturszene für Förderanträge

Bildung/Kinder

- Förderung von Integrationsprojekten an Schulen mit Förderklassen für Migrant*innen und für alle Schüler*innen die Demokratieförderung durch verbindliche Aktionstage und Projekte (Ziel der Schulen gegen Rassismus -Schulen mit Courage) in jedem Schuljahr
- Ausbau von Kitas und Großtagespflegen im Bestand und Innenstadt-Leerstand
- Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen entlasten: Höhere Freibeträge bei den Kitagebühren, dafür stärkere Progression für Spitzenverdiener*innen
- stärkere Einbindung des Umweltzentrums als Lernort für Krefelder Kindergärten und Schulen
- stärkere Integration der Hochschule z.B. für Klimaschutz-Sachfragen
- Bemühungen um den Sitz einer Universität für weitere Studienrichtungen in Krefeld
- Unterstützung des Astas für den Fortbestand des Deutschlandtickets mit geringeren Gebühren; Leihradstandorte an Bahnhof und Hochschule mit günstigen Studententarifen, kostenfreier ÖPNV in Krefeld
- Schnellstmögliche Wiedereröffnung der Bücherei Uerdingen
- Anschaffung eines Bücherbusses zur Versorgung der Stadtteile
- Umsetzen der UN-Kinderrechte vor Ort
- Teilentsiegelung von Schulhöfen und Ausbau attraktiver Spiel- und Jugendplätze (z.B. mit Bouldermöglichkeiten) im Stadtgebiet
- kostenfreies Mittagessen und Trinkwasser in Kitas und Schulen
- Fortbildungsangebote für Lehrer:innen und Ausbilder zum NRW-Erlass Förderung der Menschenrechtsbildung in der Schule
- Förderung der Demokratiefähigkeit und einer diskriminierungssensiblen Kultur in Bildungs- und Jugendeinrichtungen / Vereinen und Schulen
- Antirassismus- und Toleranzworkshops in Bildungs- und Jugendeinrichtungen / Vereinen und Schulen
- Projekt- / Aktionstage Kinderrechte an Schulen und Bildungseinrichtungen
- Förderung von Besuch / Teilnahme an der Krefelder KinderExpo (zweijährlich)

Sport

- Offene, kostenfreie Sporträume schaffen durch z.B. Calisthenics-Anlagen im Stadtgebiet und öffentliche Plus-Energie-Sportparks (Umwandlung kinetischer in elektrische Energie)
- Einführung einer Sport-Card für Krefeld
- offene Bewegungs- und Sportzeiten in städtischen Turnhallen für freies Training
- energetische Sanierung städtischer Sportanlagen

- Errichtung einer öffentlich zugänglichen Schwimmhalle in der Innenstadt (bestenfalls im Bestand) und Erhalt der vorhandenen Schwimmbäder (keine Schließung in Uerdingen)
- Einrichtung eines naturverträglichen Campingplatzes mit Sportangebot (not named Surfpark)
- Reaktivierung des kostenlosen Badesees sofern möglich

Stärkung der Teilhabe – Abbau von Diskriminierung

Wir wollen ein Krefeld, in dem alle Menschen gleiche Rechte haben. Wir wollen achtsam miteinander umgehen und das, was uns verbindet, stärken, statt Menschen auseinanderzutreiben. Deswegen setzen wir uns ein für:

Gleichberechtigung und Feminismus

- Besetzung der Vorstände/Aufsichtsräte/Beiräte mindestens zur Hälfte mit Frauen
- Fördern von Frauen in Führungspositionen bei der Stadtverwaltung und städtischen Töchtern
- Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Stadtverwaltung, Kommunalpolitik und für Krefeld allgemein
- Aufhebung des Gender Pay Gaps in Stadtverwaltung und allen städtischen Töchtern
- Verbot sexistischer Werbung in Krefeld
- Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit über Frauengewalt und Femizide
- Fortsetzung der Frauenhausaktivitäten und Ausbau der Frauenhausplätze

Maßnahmen gegen soziale Ausgrenzung

- stärkere Investitionen in finanziell schwächere Viertel
- keine örtliche Konzentration von Sozialwohnungen

Antifaschismus

- Stärkung des NS-Dokumentationszentrums
- Präventionsprogramme gegen Rechtsextremismus und Rassismus sowie für Demokratie und LGBTQ*-Rechte an allen Krefelder Schulen und der Krefelder Volkshochschule
- Auslage von Rechtsextremismus-Präventionsmaterialien in städtischen Liegenschaften und öffentlichen Einrichtungen
- Nachweis von Rassismus- und Rechtsextremismuspräventionsarbeit als Voraussetzung für eine positive Bewilligung von Förderungen für Sportvereine und Brauchtum

Integration

- Erhöhte Finanzierung von Integrationsprojekten (Bildung, sozialer Austausch) für die in Krefeld lebenden Menschen mit Migrationshintergrund
- Raumangebot (s.o. Quartiers- und Begegnungszentren) für ehrenamtliche Integrationsarbeit
- Ausbau psychosozialer Betreuung für Geflüchtete, dezentrale Unterbringung in Wohngebieten über ganz Krefeld verteilt
- Reduktion sprachlicher Hindernisse bei Behördengängen z.B. durch Einsetzen von Übersetzungs-Apps, Umsetzung der Inhalte des Städtebündnisses „sichere Häfen“

LGBTQ*

- Ausweitung des Informationsangebotes der Stadt

- Raumangebot (Bürger*innenzentren) für queere Treffs
- Anlage von Regenbogen-Fußgängerüberwegen und Regenbogen-Schildern mit QR-Codes zu Informationsmaterial und Treffpunkten in der Stadt

Inklusion

- Beseitigung sämtlicher Barrieren für alle Menschen mit Beeinträchtigung im ÖPNV, im Fuß- und Radverkehr sowie bei Behördengängen und Wahlen
- Mehr Sportangebote für Menschen mit Beeinträchtigung
- Organisation von Vernetzungstreffen für Menschen mit und ohne Beeinträchtigung
- Verwaltung als Arbeitgeberin mit Vorbildfunktion für Inklusion
- Aufklärungsarbeit gegen Diskriminierung von Menschen mit Beeinträchtigungen
- Berufsmessen für Menschen mit Beeinträchtigungen
- ausreichend Toiletten im öffentlichen Raum für Menschen mit Beeinträchtigungen – Erstellen einer Liste der Toiletten im öffentlichen Raum, die barrierefrei zugänglich sind (auch wichtig für Schwangere, Familien, Menschen mit Demenz, Menschen, die mit Hilfsmitteln unterwegs sind)

Alter

- Lebenswerte Stadtteile für ALLE schaffen: Kampagnen für Barrierefreiheit und Bedeutung der Barrierefreiheit im Stadtteil für Bewegung als ein Aspekt der Gesundheitsprävention und Sturzvermeidung
- Mehr Sport- und Bewegungsangebote für alle Menschen
- Kontrolle der Einhaltung der Verkehrsregeln auf Bewegungsflächen für Fußgänger*innen - z.B. Fußgänger*innenzonen, Rheindeich etc.; sichere, getrennte Gehwege
- ausreichend barrierefreie Toiletten im öffentlichen Raum für ältere Menschen– Erstellen einer Liste und Ausschilderung der Toiletten im öffentlichen Raum – auch auf den Friedhöfen, die ohne Stufen erreichbar sind
- Aufstellen von Sitzbänken an Stellen, die für die Zielgruppe wichtig sind

Obdachlosigkeit

- „Housing First“ (Obdachlosen unbürokratisch eigene Wohnungen zur Verfügung stellen)
- Ausbau von Spinden, Kleiderspenden, Essensausgaben und kostenfrei verfügbaren Waschmaschinen und Duschen/Badewannen in der Innenstadt
- Kooperation und Förderung des Projektes „Little Home“ in Krefeld
- Ausweitung der Öffnungszeiten des Drogenhilfezentrums zu 24/7
- Stärkung von Gesundheit und Hygiene durch ärztliche Betreuung und Unterstützung bei der Körperpflege